

Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin LA Susanna Riedlsperger)

betreffend: **Reduktion der Zahl der Landesförderprogramme um mindestens 20 % binnen zwei Jahren**

Der Landtag wolle beschließen

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zur Reduktion der Zahl der bestehenden Landesförderprogramme um mindestens 20 Prozent innerhalb von zwei Jahren zu erarbeiten und umzusetzen."

Zuweisungsvorschlag:

Finanzausschuss

Begründung:

Die Zahl der Landesförderprogramme in Tirol ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Laut dem Förderungsbericht 2023 der Bundesregierung ist die Anzahl der Förderungen in Tirol von 151 im Jahr 2021 auf 212 im Jahr 2023 angestiegen.

Eine derartige Steigerung verschiedener Förderprogramme führt zu zunehmender Intransparenz, hohen Verwaltungskosten und Doppel- bzw. Mehrgleisigkeiten. Eine Reduktion der Programme um mindestens 20 Prozent würde nicht nur den Überblick für Bürger:innen und Unternehmen verbessern, sondern auch den Verwaltungsaufwand erheblich senken und den Landeshaushalt entlasten. Ziel muss sein, Förderungen gezielt auf Kernaufgaben und echte Zukunftsinvestitionen zu konzentrieren.

Anstatt stetig neue Förderprogramme zu schaffen, sollen bestehende Programme systematisch überprüft werden. Dabei ist zu evaluieren, ob die jeweiligen Förderziele nicht bereits durch andere Programme auf Landes- oder Bundesebene erreicht werden und ob eine Bündelung oder Zusammenführung bestehender Programme möglich ist. Besonders wirksame Förderprogramme können gezielt ausgebaut und besser ausgestattet werden, um bestehende Ressourcen effektiver zu nutzen und Mehrfachförderungen zu vermeiden.

Eine klar strukturierte und übersichtliche Förderlandschaft schafft Transparenz, erleichtert den Zugang für Bürger:innen und Unternehmen und trägt zu einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel bei. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist eine stärkere Fokussierung auf wesentliche Zukunftsbereiche wie Bildung, Pflege und Infrastruktur entscheidend, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes langfristig zu sichern.

Innsbruck, am 07.05.2025